

Pressemitteilung

Pöbneck, den 15.02.09

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um die Veröffentlichung der folgenden Pressemitteilung.

Vertreter aus 13 Bürgerinitiativen ganz Ostthüringens, darunter Mandatsträgern kommunaler Parlamente Ostthüringer Bürgerinitiativen, Bürgermeister und Bürgervertretungen haben am Samstag, den 14.02.09 in Hermsdorf eine Strategie für die weitere Vorgehensweise zur Abschaffung der Herstellungsbeiträge (Zwangsbeiträge) für Abwasser und Straßenausbau in Vorbereitung der Wahlen 2009 in Thüringen erarbeitet. Dabei wurden folgende Festlegungen getroffen.

Alle Bürgerinitiativen werden zur Abschaffung der „Zwangsbeiträge“ geschlossen vorgehen. Bis zur Änderung der entsprechenden Gesetze wird die zeitweilige Aussetzung der „Zwangsbeiträge“ gefordert. Die Bürgerallianz Thüringen, der Dachverband Thüringer Bürgerinitiativen, wurde aufgefordert, die Festlegungen der Hermsdorfer Regionalkonferenz in allen Regionen Thüringens zeitgleich anzuwenden. Der Vorsitzende der Bürgerallianz hat bereits eine Zusage erteilt. Für die Kommunal- und Landtagswahlen werden jeweils Wahlprüfsteine für die Parteien CDU, Die Linke, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen erarbeitet. Dabei geht es um Fragen zur Abschaffung der „Zwangsbeiträge“. Die Antworten werden durch die Bürgerinitiativen als Wahlempfehlung zeitnah zur Wahl verbreitet. Für die Kommunalwahlen am 07.06.09 werden im März die Wahlprüfsteine an die örtlichen Kreis- und Ortsverbände der benannten 5 Parteien verschickt. Von März bis Mai werden in den Wahlkreisen durch unsere Bürgerinitiativen Podiumsdiskussionen mit den Wahlkreiskandidaten durchgeführt.

Die Ostthüringer Bürgerinitiativen unterstützen die geplante Groß-Demo der Bürgerallianz am 07. Mai 2009 vor dem Thüringer Landtag und rufen schon jetzt die Bevölkerung zur Teilnahme auf. Die Bürgerinitiativen werden sich weiter vernetzen und den Kontakt mit den anderen „Neuen Bundesländern“ erweitern. Im April wird eine weitere Beratung in Hermsdorf durchgeführt.

Die Organisatoren werden sich aktiv in landesweit geplante Aktionen einbinden. Ziel ist es in den Kommunalparlamenten die Präsenz unabhängiger Bürger zu verstärken und eine neue Landesregierung zu wählen, die ernsthaft gewillt ist, die Zwangsbeiträge abzuschaffen. Stimmzettel und Demonstrationen sind nicht nur Hoffnung für Hunderttausende Menschen, sondern demokratisches Instrument für politische Veränderung in Thüringen. Ein nun entstandenes Thüringer Bündnis zur Abschaffung der Zwangsbeiträge fordert alle Vereine, Verbände, Parteien, Organisationen und die Gewerkschaften auf, sich anzuschließen. Es geht um mehr, es geht um eine gerechte und bürgernahe Kommunalpolitik.

i.A. der Organisatoren
Wolfgang Kleindienst
Vorsitzender BIRSO